



Kleine Anfrage

Stefan Müller und Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten)

Ausbau der A66 – kein zweiter Dannenröder Forst

Um den geplanten Bau des Riederwaldtunnels zu stoppen und das Roden zahlreicher Bäume zu verhindern, haben Ende September junge Klimademonstranten den Fechenheimer Teufelsbruch besetzt. Dazu errichteten sie im Teufelsbruch, Erlenbruch und Riederwald in bis zu 15 Metern Höhe mehrere Baumhäuser. Der rund 2,2 Kilometer lange Lückenschluss der A66 soll künftig Frankfurt und Hanau besser miteinander verbinden, Staus und Umwege vermeiden und für eine bessere Anbindung sorgen. Für den Ausbau der Autobahn soll ein Areal von 4 ha bis Ende Februar gerodet werden. Dagegen haben am Wochenende etwa 170 Demonstranten protestiert. Die Vorgehensweise erinnert stark an die Proteste gegen den Autobahnausbau der A49 im Dannenröder Forst. Mit zunehmendem Rodungsfortschritt griffen dort die Ausbaueegner zu immer aggressiveren Maßnahmen. Sie schreckten auch nicht vor Sachbeschädigungen, Körperverletzungen und anderen Straftaten zurück. Einsatzkräfte wurden mit Steinen, Fäkalien oder Pyrotechnik beworfen oder mit Zwillen beschossen. Zudem wurden auf den Zufahrtswegen Gräben und Löcher ausgehoben. Die Barrikaden und Grabungen stellten eine erhebliche Gefahr für alle an dem Einsatz beteiligten Personen dar. Dem Land Hessen sind durch den erforderlichen Polizeieinsatz aufgrund der zahlreichen Straftaten und Ordnungswidrigkeiten rund um den Dannenröder Forst erhebliche Kosten in Millionenhöhe entstanden.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Warum ist der Bau des Riederwaldtunnels volkswirtschaftlich und verkehrstechnisch notwendig und sinnvoll?
2. Wie positioniert sich die Landesregierung zu dem Planfeststellungsbeschluss des Ausbaus der A66?
3. Welche Bereiche des Riederwaldtunnels sind bereits gebaut und welche Kosten sind dafür bisher entstanden?
4. Welche Bereiche sind noch nicht fertig gestellt und welche Kosten werden dafür erwartet?

5. Wie will die Landesregierung verhindern, dass es durch die Besetzung des Waldgebiets zu Verzögerungen des Ausbaus kommt?
6. Wie viele Ausbaueegner befinden sich nach Kenntnis der Landesregierung derzeit im Bereich des Teufelsbruch, Erlenbruch und Riederwald zum Protest gegen den Ausbau der A66?
7. Wie will die Landesregierung vorgehen, um zu verhindern, dass es zu einem vergleichbar großen Einsatz wie im Dannenröder Forst kommt?
8. Welche Maßnahmen will die Landesregierung ergreifen, um sicherzustellen, dass die Räumung des Waldgebiets ordnungsgemäß und ohne Gefährdung von Einsatzkräften und Ausbauegegnern erfolgen kann?
9. Ist der Landesregierung bekannt, wann die Autobahn GmbH des Bundes einen Antrag auf Rodung der Flächen stellen will?
10. Ist es richtig, dass zunächst vor einer möglichen Rodung noch eine Prüfung erfolgen muss, ob in dem Waldstück Bechsteinfledermäuse leben?

Wiesbaden, den 12.10.2021



Stefan Müller



Dr. Stefan Naas